

## Aus dem Kabinettsauschuss zur Vorbereitung der Verwaltungsreform.

Berlin, 22. November. Der Kabinettsauschuss zur Vorbereitung der Verwaltungsreform hielt am Montag seine dritte Sitzung ab, in der er sich mit der Vorbereitung der vorläufig für Januar vorgesehenen Konferenz der Länderminister über den Einheitsstaat befasste. Es wurde ein Vorschlag besprochen, der darauf hinausläuft, den einzelstaatlichen Finanzministern ein Einspruchsrecht gegen Parlamentsbeschlüsse zu geben, die neue Ausgaben ohne Deckung vorsehen. Im Falle dieses Einspruchs sollen die Parlamente die beanstandeten Ausgaben nur durch eine qualifizierte Mehrheit bewilligen können.

## Interfraktionelle Besprechung über die Rentnerversorgung.

Berlin, 23. November. Am Dienstagmittag fand im Reichstag eine interfraktionelle Besprechung statt, an der auch der Reichsfinanzminister teilnahm. Sie galt vornehmlich der Frage der Rentnerversorgung.

## Die deutsch-polnischen Verhandlungen abgeschlossen.

Berlin, 22. November. Wie die M. erfährt, können die Berliner deutsch-polnischen Verhandlungen im wesentlichen als abgeschlossen gelten. Die Unterzeichnung des Schlussprotokolls wird im Laufe des morgigen Tages erfolgen. Ein amtliches Communiqué über das Ergebnis wird im Laufe des Vormittags voraussichtlich ausgegeben werden.

## Kabinettsauschuss gebildet.

Brüssel, 23. November. Das neue belgische Kabinettsauschuss unter der Leitung Jaspars mit Beteiligung der katholischen Liberalen und der christlichen Demokraten ist gebildet worden.

Die neue Regierung setzt sich wie folgt zusammen:  
Jaspars, Ministerpräsident,  
Janson, Justizminister, (Liberal), Delegierter beim Völkerbund,  
Wauters, Kultusminister, (Liberal),  
Symans, Außenminister, (Liberal),  
Vipens, Eisenbahnminister, (Liberal), ehemaliger Gouverneur von Belgisch-Kongo,  
De Broqueville, Kriegsminister,  
Baels, Landwirtschaftsminister (Kath. Flame),  
Caron, Innenminister, (Christl. flämischer Demokrat),  
Seyman, Arbeitsminister, (Christl. Demokrat).

## Vor einer Besprechung Chamberlains mit Litwinow.

London, 22. November. Das Verteidigungsministerium des britischen Imperiums trat heute im Kolonialministerium zu einer Sitzung zusammen. Zu den Beratungen wurde der Führer der britischen Delegation für die vorbereitende Abrüstungskommission in Genf, Lord Cullendun, zugezogen. Es wurden die Fragen erörtert, die voraussichtlich im Verlauf der Genfer Erörterungen aufzutauchen werden.

Neben diesen technischen Vorbereitungen beschäftigt man sich weiterhin lebhaft mit den zweckmäßigsten Maßnahmen für eine mögliche Aussprache mit den russischen Delegierten über die Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen. Man rechnet mit der Möglichkeit, daß die Abrüstungsverhandlungen sich so lange hinziehen werden, daß Außenminister Chamberlain den Führer der russischen Delegation beim Zusammentritt des Völkerbundes am 5. Dezember noch in Genf antreffen wird. In jedem Fall wird mit einer Aussprache zwischen Lord Cullendun und Litwinow gerechnet.

## Schweizer Maßnahmen zum Schutz der Sowjetdelegation.

Genf, 23. November. Während der letzten Tage haben zwischen den maßgebenden schweizer Stellen mehrfach Verhandlungen über die zum Schutz der Sowjetdelegation zu ergreifenden Sicherheitsmaßnahmen stattgefunden. Wie bekannt, hatte die Sowjetdelegation auf der Weltwirtschaftskonferenz beim Generalsekretär des Völkerbundes Beschwerde über die allzuweitgehenden, die Tätigkeit der Delegation einschränkenden Sicherheitsmaßnahmen der Genfer Polizei geführt. Die Genfer Polizei, die für die Sicherheit der Delegationen in Genf verantwortlich ist, wird nunmehr den damaligen Wünschen der Sowjetrussischen Delegation Rechnung tragen, jedoch alle für die Sicherheit der Delegation erforderlichen Maßnahmen treffen.

## Die Tschechoslowakei kann nicht abrüsten!

Prag, 23. November. Der Verteidigungsminister Udral sprach gestern abend im Budgetausschuss des Abgeordnetenhauses u. a. über das Abrüstungsproblem. Der Minister erklärte, die Tschechoslowakei rüste gegen den Feind, der sie angreifen würde. Das Land sei bereit, die Friedensverträge zu verteidigen. An eine Abrüstung könne die Tschechoslowakei als junger Staat, der nur über bescheidene Mittel verfüge (?), nicht denken. Das Land müsse dem Beispiel stärkerer und gesicherter Staaten folgen.

## Russenurkt bei der rumänischen Handelsflotte.

Wie verlautet, ist man in rumänischen Schiffahrtskreisen sehr beunruhigt über die Tatsache, daß in den letzten Tagen von mehreren russischen Kriegsschiffen auf dem Schwarzen Meer die Linie befahren wurde, die die rumänischen Handelschiffe auf ihrer regelmäßigen Fahrt nach Konstantinopel benutzen. Das rumänische Handelschiff Romano ist deswegen, aus Konstantinopel kommend, mit gebündelten Lichtern und größter Geschwindigkeit drei Stunden vor der normalen Zeit in Constanza eingetroffen.

## D 1230 zum Flug nach Amerika gestartet?

Nach einer bisher noch nicht bestätigten Meldung aus Horta auf den Azoren ist das Zuntersflugzeug D 1230 am 22. November abends um 6 Uhr nach Horta (21 Uhr mitteleuropäischer Zeit) zum Flug nach Amerika gestartet.

## Start zum Flug San Franzisko—Honolulu.

New York, 23. November. In San Franzisko ist der englische Flieger Fredric Giles zum Flug nach Honolulu gestartet. Er will von Honolulu nach Australien weiter fliegen.

## Bau eines Riesenwasserflugzeuges in Amerika.

New York. Das amerikanische Flottenministerium läßt ein Riesenwasserflugzeug bauen, mit dem Anfang 1928 der gesamte Stille Ozean ohne Unterbrechung überflogen werden soll. Das Flugzeug soll nach diesem Flug einen Rundflug um die Welt unternehmen. Als Piloten kommen Lindbergh und Byrd in Frage.

## Politische Rundschau.

### Grenzberichtigung Sachsen—Thüringen.

Dem Thüringischen und dem Sächsischen Landtag wird in kurzer Zeit ein Entwurf zugehen, der den Austausch sächsischer und thüringischer Enklaven und Grenzgebiete regeln soll. Die bis jetzt noch bestehenden Schwierigkeiten, die namentlich die Gemeinde Nuhdorf bei Limbach betrafen, sind jetzt so gut wie beseitigt. Eine Anzahl von Ortschaften mit doppelter Staatszugehörigkeit wird entweder an Thüringen oder an Sachsen fallen.

### Einigung Zentrum—Bayerische Volkspartei.

Am 19. und 20. November fanden in Regensburg Besprechungen der Verständigungsausschüsse des Zentrums und der Bayerischen Volkspartei statt, die streng geheim waren. Das Ergebnis der Besprechungen ist der von den obersten Instanzen der beiden Parteien noch zu billigende Entwurf für eine Vereinbarung zwischen Zentrum und Bayerischer Volkspartei. Dieser Entwurf nimmt eine engere Zusammenarbeit der parlamentarischen Vertreter der beiden Parteien für große Fragen in Aussicht und will die Möglichkeit einer gegenseitigen Bekämpfung der beiden Parteien bei den Landtags- und Reichstagswahlen ausschließen. Hauptsächlich soll es sich noch um den Übergang des Mandats des Zentrumsabgeordneten Hofmann-Ludwigshafen an die Bayerische Volkspartei handeln.

München. Die Landesleitung der Bayerischen Volkspartei hat in ihrer letzten Sitzung, der auch Ministerpräsident Dr. Held mit den übrigen Parteiministern beiwohnte, die aus parlamentarischen Kreisen verläutet, beschloßen, den Regensburger Abmachungen zwischen der Bayerischen Volkspartei und dem Zentrum zuzustimmen.

### Aus In- und Ausland.

Berlin. Reichsfinanzminister Dr. Marx hat Erz. Gröner zu seinem 60. Geburtstag ein im herzlichsten Tone gehaltenes Glückwunschschreiben zukommen lassen.

Berlin. Gegen den außerordentlichen Professor in der juristischen Fakultät Berlin, Dr. K. von Möller, ist vom preussischen Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung das förmliche Disziplinarverfahren eingeleitet worden. Dr. von Möller hatte bekanntlich im Kolleg scharfe Redewendungen gegen Staat und Regierung gebraucht.

Berlin. Wie ein Berliner Blatt meldet, wird der diesjährige Friedenspreis, den das Nobel-Komitee des Norwegischen Storting am 10. Dezember verteilt, dem Deutschen Professor Ludwig Quide und dem Franzosen Ferdinand Bouisson zuerkannt werden.

Mün. Zurzeit finden zwischen den westdeutschen kommunalen Verbänden Besprechungen statt zur Einleitung einer gemeinsamen Protestkundgebung der deutschen Gemeinden gegen die vom Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht in seiner Vordumer Rede erhobenen Vorwürfe über die Ausgabenwirtschaft der deutschen Gemeinden.

Strasbourg. Der französische Staatsrat sprach sich gegen den Umtausch der in Elsaß-lothringischen Privatbesitz befindlichen deutschen Markfestände, Basis 125 Frank, aus, obwohl die Banken den Umtausch zugelassen haben. Diese Entscheidung bedeutet eine schwere Enttäuschung für die kleinen Besitzer deutscher Marktageladen im Elsaß.

Luxemburg. In Luxemburg haben italienische Verbände eine faschistische Zentralorganisation gegründet, die finanziell gut fundiert ist und zum Mittelpunkt aller ostfranzösischen und lothringischen faschistischen Bestrebungen zu werden verspricht, falls die luxemburgische Regierung nicht eintritt.

## Bermischte Nachrichten aus aller Welt.

### Aufhebung des Sichtvermerks im deutsch-jüdischen Verkehr.

Berlin, 23. November. Die zwischen Deutschland und Südslawien geführten Verhandlungen über die Aufhebung des Sichtvermerks im Verkehr zwischen den beiden Staaten sind mit einem Gestern zwischen dem Staatssekretär des Auswärtigen Amtes und dem hiesigen südslawischen Gesandten erfolgten Notenwechsels zum Abschluß gelangt. Die Aufhebung des Sichtvermerkes tritt am 5. Dezember in Kraft.

### Großfeuer in einem märkischen Dorf.

Das Dorf Linum bei Fehrbellin ist gestern von einer schweren Brandkatastrophe heimgesucht worden. In der Scheune eines Gutsbesizers brach aus bisher ungeläuter Ursache Feuer aus, das infolge des heftigen Windes mit großer Geschwindigkeit auf benachbarte Scheunen und Stallungen übergriff. Nach mehrstündigen Löscharbeiten, zu denen die Feuerwehren aus den Nachbarorten zu Hilfe gerufen worden waren, gelang es, ein weiteres Ausbreiten des Brandes zu verhüten. Im ganzen sind 9 Gebäude eingestürzt worden.

### Mysteriöser Anschlag auf einen französischen Posten.

Die Pariser Blätter berichten über einen mysteriösen Anschlag auf einen französischen Posten, der ein Pulvermagazin bei Wiesenburg an der Grenze der Pfalz zu bewachen hatte. Danach soll der Führer des Postens in der vergangenen Nacht von einem Unbekannten angegriffen worden sein. — Diese Meldung bedarf noch näherer Aufklärung.

### Antibulgarische Ausschreitungen in der Dobrudscha.

Sofia, 23. November. Nach Meldungen aus Barna hat am Sonntag in Dobritsch in der Dobrudscha ein Trupp von 30 kühnvalachischen Kosaken, die von den rumänischen Behörden als Gegengewicht gegen die eingeschlossene bulgarische Bevölkerung angesiedelt werden, die Redaktion des dortigen bulgarischen Blattes Kurier überfallen und den Besitzer der Zeitung, Tomoff, totgeschlagen. Einige zu Hilfe eilende Bulgaren wurden niedergeschlagen. Trotzdem sich die Redaktion inmitten der Stadt befindet und der Überfall am hellen Tage erfolgte, griff die rumänische Polizei nicht ein. Angesichts des sich auf die ganze Dobrudscha ausbreitenden antibulgarischen Terrors hat ein Zutrom bulgarischer Flüchtlinge nach Rußland eingeleitet.

### Fünf neue amerikanische 10 000-Tonnen-Kreuzer!

Nach Meldungen aus New York verlautet in wohl informierten amerikanischen Kreisen, daß der vom Marineministerium dem Präsidenten Coolidge unterbreitete Vorschlag, den Bau von 5 neuen 10 000-Tonnen-Kreuzern vorzuziehen, von denen in jedem Jahre einer auf Stapel gelegt werden soll. Eine offizielle Erklärung wird nicht erfolgen, bevor der Präsident dem Kongress Mitteilung gemacht hat.

### Arabisches Lob für deutsche Arbeit in Arabien.

Der arabische Innenminister Ibn Sauds Scheich Hafis Wahba erklärte in einem Presseinterview, daß die Deutschen im Hebesha sehr gern gesehen seien, da sie nur ihre wirtschaftlichen Vorteile suchten und keine politischen Hintergedanken hätten. Der Minister betonte auch, daß die deutschen Journalisten den arabischen Bestrebungen großes Verständnis entgegenbrachten. Er gab auch der Meinung Ausdruck, daß geeignete deutsche Fachmänner noch mancherlei Beteiligungsmöglichkeit in Arabien finden könnten.

### Informationsreise des preussischen Ministers des Innern.

Berlin. Wie der Amtliche Preussische Pressedienst mitteilt, hat der preussische Innenminister Grzesinski am 22. November, abends, in Begleitung einiger Sachbearbeiter des Innenministeriums eine auf mehrere Tage berechnete Besichtigungsreise in die westlichen Grenzgebiete angetreten. Diese Reise soll den Minister durch örtliche Zeugnisaufnahmen über die wirtschaftlichen und kulturellen Auswirkungen der durch den Versailler Friedensvertrag bedingten neuen Grenzführung unterrichten.

### Die Wahlen zur Angestelltenversicherung.

Berlin. Nach Mitteilung des Reichswahlprüfungsausschusses bei freien Angestelltenverbänden liegen bisher die Wahlergebnisse aus 172 Wahlkreisen vor. In diesen 172 Wahlkreisen haben an Stimmen erhalten: Allgemeiner Freier Angestelltenbund 149 468, Deutschnationaler Handlungsgeschäftsbund 123 405, Gewerkschaftsbund der Angestellten 118 694, sonstige Hauptauswahlverbände 26 556, 17 Frauenberufsverbände 50 356.

### Zwei Todesopfer einer Familientragödie.

Greifswald (Pommern). Im Verlaufe eines Familienstreites erschlug der 37jährige frühere Gastwirt Ernst Otto in Augustwalde seine 41jährige Ehefrau mit einem Hammer und stötte sich dann durch einen Revolverbeschuss, Otto, der sehr verschwenkerisch lebte, war von seiner Frau abgewiesen worden, als er mit neuen Geldforderungen an sie herantrat.

### Mord auf der Landstraße.

Greifswald. Am Montag wurde der 23jährige Georg Balentin, der Sohn eines Siedlers, in der Nähe von Groß-Schönwalde auf der Landstraße tot aufgefunden. Er war erschossen worden. Der Verdacht der Täterschaft richtet sich gegen einen gewissen Otto Lange aus Groß-Schönwalde, der mit Balentin einen Streit gehabt hat. Lange ist bereits verhaftet worden.

### Festnahme eines Defraudanten.

Rattowik. Der Bureaudienster Adam Ruda von der Friedenshütte, welcher mit 35 000 Mark, die er für seine Verwaltung bei der Bank Polst in Rattowik abgehoben hatte, flüchtig wurde, ist gestern in Posen festgenommen worden. Es wurden nur noch 400 Mark bei ihm vorgefunden. Über den Verbleib des Geldes verweigert er jede Auskunft.

### Schwere Unruhen in Südrussland?

Bukarest. Die Zeitung „Adeverul“ bringt einen Bericht aus Konstantia, wonach in Südrussland und in der Ukraine große Unruhen ausgebrochen seien, die sich gegen das Sowjetregime richten, und zwar im Zusammenhang mit der Ausschließung Trotski aus der Kommunistenpartei. Anhänger der Opposition sollen in Odessa, Nikolajew und anderen Städten der Ukraine Manifestationen für Trotski veranstaltet haben, wobei es zu Zusammenstößen mit den Regierungstruppen kam. Im Kriegshafen von Sewastopol haben die Matrosen zahlreicher Kriegsschiffe die Schiffe verlassen. Die in Odessa vor Anker liegenden Schiffe sind in das offene Meer hinausgefahren. Eine Bestätigung der Nachricht lag noch nicht vor.

### Ein neuer Stern von der Hamburger Sternwarte entdeckt.

Hamburg, 22. November. Professor Schwahmann und Dr. Bachmann von der Hamburger Sternwarte in Bergedorf, die bekanntlich am 15. November einen neuen Kometen im Sternbild der Fische entdeckten, haben am 18. November einen Stern 10. Größe an der Grenze der Sternbilder Orion und Taurus auf photographischem Wege entdeckt.

### Arbeiter und Angestellte.

New York. (Vergarbeiterunruhen in Amerika.) In Denver versuchten 500 streikende Vergarbeiter in das Bergwerk einzudringen. Die herbeigerufenen Polizei besaß den Streikenden, auseinanderzuziehen. Nur einige bewaffnete Streikende leisteten der Aufforderung keine Folge, worauf die Polizei das Feuer eröffnete. Zwei Streikende wurden getötet, zwanzig verwundet. Der Belagerungszustand wurde verhängt.

### Die Opfer der Unruhen in Denver.

Wie aus New York gemeldet wird, sind bei den Unruhen im Bergwerksbezirk von Denver 5 Personen getötet und 60 verwundet worden. Unter den Verwundeten befinden sich zwei Frauen und 22 Militärangehörige. Der Bezirk ist von starken Truppenabteilungen mit Tanks besetzt.

### Der Reichsindex steigt.

Die Reichsindexziffer für die Lebenshaltungskosten ist mit 150,2 im Durchschnitt des Oktober 1927 gegenüber 147,1 im September um 2,1% gestiegen. Für diese Steigerung hat die Erhöhung der Wohnungsausgaben den Ausschlag gegeben. Sie ist hauptsächlich durch die Heraushebung der geleiheten Miete von 110 auf 120% der Friedensmiete mit Wirkung vom 1. Oktober 1927 verursacht. Wären die Wohnungsausgaben unverändert geblieben, so wäre die Reichsindexziffer nur um 0,7% gestiegen. An dieser restlichen Steigerung sind alle übrigen Bedarfsgruppen in verschieden starkem Maße beteiligt.

### Zwischenzins und Aufwertungshypothek.

Werden bei einer Aufwertungshypothek die Zinsen nicht pünktlich bezahlt, so kann nach den weiter geltenden Bedingungen der ursprünglichen Schuldurkunde vorzeitige Fälligkeit eintreten. Es war zweifelhaft, ob auch dann der Zwischenzins abgezogen werden kann, der sonst nur für freiwillige Rückzahlung vor 1932 gilt. Es herrschte darüber selbst bei den obersten Gerichten Meinungsverschiedenheit. Jetzt hat das Reichsgericht für den Abzug entschieden.

### Die Entwässerung der Volksschulen.

#### Der Geburtenrückgang macht sich bemerkbar.

Die vorläufigen Hauptergebnisse der Reichsschulstatistik nach der Erhebung für das Schuljahr 1926/27 zeigen, daß die Zahl der Schüler in den öffentlichen Volksschulen gegenüber der vorausgegungen Erhebung für das Schuljahr 1921/22 von 8,89 Millionen auf 6,63 Millionen, also um 25,5% zurückgegangen ist. Die Schulen selber haben sich nur geringfügig von 52 763 auf 52 320 (0,8%), die Schulklassen von 207 200 auf 187 400 (9,6%) und die Lehrkräfte von 195 900 auf 180 300 (8%) vermindert.

Der Rückgang in der Zahl der Schüler ist auf den Geburtenausfall während des Krieges zurückzuführen. Von den 8 Geburtsjahrgängen, die im Schuljahr 1926/27 gemeinsam die Volksschulen besuchten, gehörten 5 (nach der Empfängniszeit) den Kriegsjahren an (Geburtsjahrgänge 1914/15 bis 1918/19), im Schuljahr 1921/22 nur der Geburtsjahrgang 1915, während alle vorangehenden noch den Geburtsjahrgängen vor dem Kriege mit ihren besonders hohen Zahlen entsprachen. Die Gesamtzahl der von 1919 bis 1926 schulpflichtig gewordenen Kinder, die für 1926/27 als Schüler in Frage kommen, ist um 24,7% geringer als die Gesamtzahl für 1921/22.

Die Zahl der Knaben ist etwas weniger stark zurückgegangen als die der Mädchen. Er dürfte dies u. a. damit zu erklären sein, daß während des Krieges und unmittelbar nach ihm auf 100 Mädchen etwa 1 bis 2 Knaben mehr geboren wurden als vorher.